№ 211 Abend-Ausgabe
B 104

Berlin

Sonnabend, 3. Mai 1924

Vossische Zeitung

10 Pfennig
100 Milliarden

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch Berlin Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 2600—2668, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 8686—8695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Für Einheit, Freiheit, Ordnung!

Die Flinte.

Die Rechtsradikalen haben ein Plakat verbreitet, auf dem eine Mutter ihrem Sohn die Flinte in die Hand drückt.

Dieser „Mutter" werden morgen Millionen Mütter mit dem Stimmzettel antworten.

Die Flinte soll nicht den äußeren Feind schrecken. Deutschnationale, selbst Deutschvölkische beteuern, daß sie nicht so wahnsinnig seien, einen Krieg zu wünschen.

Die sogenannten „vaterländischen Verbände" erklären, „alle nationalen Führer" seien sich bewußt, „daß der Verzweiflungskampf des wehrlosen deutschen Volkes aussichtslos ist und durch ihn gerade Frankreich das erreichen würde, was es schon im Weltkrieg offen als sein Ziel bezeichnete: die völlige Vernichtung Deutschlands für immer".

Was also sollen die Windjacken, die Sportmützen, die Werwölfe, die Hitler-Gardisten, deren Front General Ludendorff auf seinen Wahlagitationsreisen abschreitet?

Soweit man draußen von diesen „deutschen Tagen" Notiz nimmt, wirken sie als Argument für die falsche Behauptung Poincarés, Deutschland sei nicht entwaffnet.

Wir nehmen nicht an, daß das ihr Ziel ist.

Ihr Ziel liegt auf innerpolitischem Gebiet. Früher wurde behauptet, man rüste nur, um der kommunistischen Gefahr ein Gegengewicht zu bilden. Heute kann man nicht mehr bestreiten, daß der Staat, wenn man seine Autorität nicht gestiftentlich untergräbt, genügend Machtmittel besitzt, um kommunistische Narrenstreiche und Gewaltpläne mit seinen eigenen Machtmitteln niederzuhalten.

Noch einmal: Wofür sind die Flinten bestimmt?

Für den Versuch, das Verbrechen vom 9. November 1923 zu wiederholen.

Das Volksgericht, das morgen abgehalten wird, muß gutmachen, was das Münchener Volksgericht gefehlt hat.

J. E.

Das letzte Aufgebot.

Man muß sich beeilen! Was in den nächsten 24 Stunden nicht mehr an Lügen, Verdrehungen und Verleumdungen in die Oeffentlichkeit langiert wird, hat fürs erste seine Wirkung verfehlt. Um dieser Unterlassungssünde zu entgehen, rücken die Extreme von links und rechts heute noch einmal mit ihrem letzten Geschütz auf.

Voran „Die Rote Fahne". Sie macht es sich besonders leicht. Ein sächsisches Kommunistenblättchen, der Chemnitzer „Kämpfer", hat angeblich aus absolut zuverlässiger Quelle erfahren, daß die Sozialdemokratie von der „Regierung der Reaktion" ¾ Millionen Mark bekommen hätte, um die Wahlen unter den Losungen der Arbeitsgemeinschaft der verlängerten Arbeitszeit, des Lohnabbaus, der Annahme des Sachverständigengutachtens und des Kampfes gegen die K.P.D. zu führen. Das Geld sei durch die Reichskanzlei an den Parteivorsitzenden Wels übermittelt worden.

Man hat zwar in den sozialdemokratischen Versammlungen und in der sozialdemokratischen Presse nicht viel davon gemerkt, daß dort für verlängerte Arbeitszeit und für den Lohnabbau eingetreten wird. Aber was tut's? Die Hauptsache: Man hat eine schöne Ueberschrift: „Die bestochene S.P.S.P.D. am Pranger". Und vielleicht fallen wirklich ein paar Quartalstrinker darauf hinein.

Auf der Gegenseite hat man es nicht ganz so leicht. Die Speisekarte ist zu lang, und die Gourmands der Rechten kommen in Verlegenheit, was für einen Leckerbissen sie morgen wählen sollen. Die Paprika der Deutschvölkischen scheint jetzt, wo es darauf ankommt, sogar dem Organ des Herrn Maurenbrecher, der „Deutschen Zeitung", zu scharf zu sein, und so entscheidet man sich für eine etwas weniger gepfefferte nationale Sauce. Besonders in Bayern, berichtet die „Deutsche Zeitung", wird auch ein Teil der Völkischen die deutschnationale Liste vorziehen, zu deren Fahnenträger der alte Admiral von Tirpitz sich hergegeben hat. So kann man also in den Revieren Hitlers eine Einheitsfront von der „Deutschen Zeitung" bis zu der ehemals demokratischen und jetzt Hugenbergischen „Münchner Neueste Nachrichten" konstatieren, die ihre letzten Propagandabarrikade mit dem Dolchstoß-Unsinn bestreiten.

Ein bißchen in Verlegenheit ist die schwerindustrielle Presse, die sich bisher zur Deutschen Volkspartei zählte und noch nicht genau weiß, noch welcher Seite sie umfallen soll. Denn sich allzu sehr für die Nationalliberale Vereinigung einzusetzen ist immerhin riskant. Selbst für das Hausblatt des größten deutschen Industriekonzerns wäre es peinlich, eine Partei zu unterstützen, die wahrscheinlich keinen einzigen Abgeordneten durchbekommt. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" beschränkt sich daher darauf „nationale" Wahllisten schlankweg und schlechthin zu empfehlen.

Ein besonders groteskes Stückchen an Bauernfängerei leistet sich die „München-Augsburger Abendzeitung", das Blatt des Pfarrers Traub. Dort wirft Dr. Schiele-Naumburg, der beinahige Reichswirtschaftsminister der Kapp-Regierung, die Frage auf: „Sind wir Sozialisten?" Und selbstverständlich lautet die Antwort: Ja! Zwar wirft man ununterbrochen der Sozialdemokratie und den Demokraten vor, daß sie die Entsittung des Individuums in der Wirtschaft drosseln. Aber das hindert die Herren um Kapp natürlich nicht, am Tage vor den Wahlen sich als Staatssozialisten zu empfehlen. Denn für die Dummen, die nicht alle werden, ist es ja bei der Wahl gerade wie bei einer Auktion: Der Meistbietende erhält den Zuschlag.

*

Die von der „Roten Fahne" aus dem „Kämpfer" in Chemnitz übernommene Nachricht, daß die Sozialdemokratie von der Regierung durch die Reichskanzlei ¾ Millionen Rentenmark für Wahlzwecke bekommen habe, ist, wie dem W. T. B. von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, aufgelegter Wahlschwindel; an der Nachricht ist kein wahres Wort.

Die Franzosen wünschen einen nationalistischen Erfolg.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

jb **Genf**, 3. Mai.

Die Artikel der Schweizer Presse über die bevorstehenden deutschen Wahlen bemühen sich im allgemeinen, den anfänglichen Eindruck zu beseitigen, als ob die Wahlen zum deutschen Reichstag einen starken Fortschritt der Reaktion von links und von rechts bringen würden. Die Mehrzahl der Schweizer Blätter stellt das mit großer Freude fest. Einige bürgerliche Blätter besonders der deutschen Schweiz, die mit einem gewissen Bedauern die deutschen Nationalisten nicht offen unterstützen können, obwohl sie im Grunde mit ihnen durchaus einig sind, berichten freudestrahlend über die Wandlung in den Kreisen der Deutschnationalen, deren Schritt, kurz vor der Wahl plötzlich milde Saiten aufzuziehen, als Wahlmanöver nicht erkannt wird. Dem nicht nur der Sprache nach französischen Teil der Westschweizer Presse bereitet die Wahrscheinlichkeit eines nicht so reaktionären Ausganges der deutschen Wahlen schwere Kopfschmerzen und ein französischer Propagandaartikel in einem hiesigen Blatt, der trotzdem bezweifelt, daß die Regierung in dem neuen Reichstag über die notwendige Zweidrittelmehrheit verfügen wird, schließt bereits triumphierend: „Wenn das deutsche Volk morgen sich gegen den Sachverständigenbericht ausspricht, so wird sich die öffentliche Meinung der ganzen Welt entschieden und vorbehaltlos mit der Sanktionspolitik einverstanden erklären, die alsdann die Alliierten durchzuführen gezwungen sein werden."

Niedriger hängen!

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

rh **München**, 3. Mai.

Der völkische Landtagsabgeordnete Ahner ist wegen einer in Weilheim gehaltenen Rede verhaftet worden. Er hatte u. a. gesagt: „Noch gefährlicher als die schwarzen Lumpen von der bayerischen Volkspartei sind die Pfaffen bis hinauf zum Kardinal. Wir werden sie mit dem Messer beseitigen müssen. Wenn es geschehen ist, beginnen wir den Kampf gegen das Judentum." Bezüglich des Kardinals Faulhaber hatte er gesagt: „Dieser Kerl und Schuft von einem Geistlichen gehört schon längst an die Wand, wenn er nicht in seiner Kirche bleiben kann. Bezüglich des Hitlerprozesses erklärte er, daß man Kahr, Lossow und Seisser sofort in Schutzhaft hätte nehmen müssen. „Die Reichswehr hätten wir für uns gewonnen, die Landespolizei niedergemacht. Die Sache ist noch nicht beendet. Ich freue mich auf den Tag, wo ich das Gewehr zur Hand nehme und die völkische Bewegung zum Ziele führe."

Haussuchung in der russischen Handelsgesellschaft.

Heute mittag gegen 2 Uhr umstellte eine Hundertschaft der Schutzpolizei das Gebäude der Victoria-Versicherungs-Gesellschaft in der Lindenstraße, in dem sich u. a. auch die Zentrale der russischen Handelsgesellschaft befindet. Es wurde eine genaue Durchsuchung der Räume der Handelsgesellschaft vorgenommen; man beschlagnahmte die Schriftstücke und Akten. Die Polizeiaktion geht von der Berliner politischen Polizei aus. Es besteht der Verdacht, daß in der Handelsgesellschaft eine kommunistische „Tscheka" besteht die offenbar in Zusammenhang mit der Stuttgarter Kommunistenaffäre steht. Zurzeit ist die Aktion der Schutzpolizei in der Lindenstraße noch nicht abgeschlossen.

Eindrücke aus dem Wahlkampf.

Von

Reichsminister a. D. Erich Koch.

Vorsitzender der Deutschen Demokratischen Partei.

Sie wollen meine Eindrücke aus dem Wahlkampf wissen? Ich bin in den meisten großen Städten Deutschlands und manchen kleineren Orten meines eigenen Wahlkreises Weser-Ems gewesen und habe überall in fast immer überfüllten Versammlungen ein ungewöhnlich lebhaftes Interesse und eine starke Aufnahmefähigkeit und Begeisterung gefunden. Erschütternd ist nur die Verflachung der Diskussion. Wir müssen andere Formen in diesen nach althergebrachter Regel ablaufenden Wahlversammlungsbetrieb bringen. Diskussionsredner, die überhaupt nicht auf den Inhalt der Rede eingehen und eingehen können, sondern papageienmäßig dieselben Vorwürfe gegen die Partei des Hauptredners vorbringen, sind unerträglich. Abzufertigen sind sie in der Regel leicht, weil man auch selbst, wenn etwa der Vorwurf „Wilson-Telegramm" oder „Schwarzrotgold" ertönt, seinerseits ein altvertrautes Gedankenfach aufschließt und daraus seine Antwort entnimmt; aber die Freude an den Versammlungen erhöht das nicht. Man müßte die Führer der anderen Parteien nacheinander zu einem gemeinsamen Diskussionsabend auffordern; das könnte Anregungen geben.

Am tiefsten steht die Agitation der Deutschvölkischen. Der „Kampf gegen den Marxismus" wird gepredigt, und „Enteignung von Privateigentum und Beibehaltung des Acht-Stunden-Tages" wird gefordert. Wir Demokraten werden von ihnen als „Revolutionäre" bekämpft; aber auch sie halten die Frage der Einführung der Monarchie für gleichgültig. In München bestritt mir der Hauptdiskussionsredner der Deutschvölkischen, daß die Schuld am Krieg bei England, Frankreich und Rußland liege. Alle Völker seien gleich schuldig, weil sie den internationalen Börsenkapitalismus bei sich geduldet hätten, der den Krieg hervorgerufen habe. So ähnlich sagt's Herr Hößlein auch. Derselbe Redner unbeteidigte Hitler, weil er erklärt hat, um Deutschland die Gunst Mussolinis zu erhalten, müsse man die Südtiroler aufforderm, sich der Fremdherrschaft dieses großen Mannes zu fügen. Was ist das für eine klägliche Nachläuferei hinter einem Mann, dem sie nur abgeguckt haben, wie er sich räuspert und wie er spuckt. Wenn wir einer demokratischen Regierung zutiefe deutsches Land preisgeben, welcher Lärm über Verrat und Schacher würde sich im Lager der Nationalsozialisten erheben.

Der deutschvölkische Abgeordnete Major a. D. Henning erklärt im Oldenburgischen, die Zukunft gehöre dem Kampf zwischen Sowjetstern und Hakenkreuz. Nun gut, mögen sich völkische und Kommunisten wie die beiden Löwen in den fliegenden Blättern" bis zum Schwanzende auffressen. Aber sie sollten zu diesem Zweck das Feld ihrer Tätigkeit außerhalb Deutschlands verlegen. Wir können neue Unruhen nicht gebrauchen. Diese Meinung setzt sich in weiten Kreisen durch, die bisher die deutschvölkische Bewegung mit Wohlwollen betrachtet haben.

Namentlich die Deutschnationalen sehen heute mit Schrecken, welche Schlange sie an ihrem Busen großgezogen haben. Ihnen gilt der Kampf der Deutschvölkischen am allermeisten. Sie suchen sie aber nicht durch Mäßigung zu bekämpfen, sondern durch große Worte zu übertrumpfen. Der junge Fürst Bismarck erklärt unter donnerndem Beifall, endlich einmal müsse Poincaré zugerufen werden: „Bis hierher und nicht weiter." Und wenn sich Herr Poincaré um diesen Zuruf nicht kümmert? Ach, wie weit ist solche Diplomatie vom Bismarckschen Geiste entfernt. Sie ähnelt höchstens dem Bismarck auf den preußischen Denkmälern der Hohenzollernschen Zeit, nicht dem großen Bismarck, wie er als getreuer Eckehardt unter den Lebenden weilt und jetzt in Hamburg steht. Geistesverwandtschaft ist eben nicht immer Blutsverwandtschaft. — Die Deutschnationalen werden manche Stimme an die Deutschvölkischen verlieren.

Weder schwarz noch weiß, sondern hellbunkel ist die Agitation der Deutschen Volkspartei. An manchen Stellen agitieren sie im Stile von 1920 gegen die schmähliche Außenpolitik, die die Lantsparteien vor Stresemann gemacht haben; an anderer Stelle betonen sie, daß man in der Regierung eine andere Politik zu machen lerne als in der Opposition. Herr Gildemeister begann seinen Wahlkampf in Bremen mit dem Ausdruck der Hoffnung, nur gegen links und niemals gegen rechts fechten zu brauchen. Jetzt wehrt er sich verzweifelt gegen die Angriffe, die von rechts auf ihn niederhageln. Er ist dafür in vielen Flugblättern der Deutschen Volkspartei als „Ritter Tod und Teufel" abgebildet. Die Deutsche Volkspartei hat einen schweren Wahlkampf, weil sie fast auf allen Gebieten das Gegenteil von dem sagen muß, was sie im Jahre 1920 ihren Wählern gesagt hat. Heute müssen auch diejenigen der deutsch-volksparteilichen Abgeordneten, die sich rückhaltlos auf Stresemanns Standpunkt stellen — es sind deren nicht ganz wiele — die Sünden büßen, die sie dadurch begangen haben, daß sie dem deutschen Volke im Jahre 1920 die Köpfe verdreht haben. Die deutschnationale und deutschvolksparteiliche Agitation des Jahres 1920 hat die deutschvölkische Bewegung groß gezogen.